



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](https://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

21. Jahrgang, Nummer 03 / 2024

\*\*\*\*\*

### *Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,*

dieser Herbst war (und ist) voller Ereignisse, und das nicht nur auf der weltpolitischen Ebene: In Lingen ging es bei einem Erörterungstermin drei Tage um die Zukunft der dortigen Brennelementefabrik, ein Castor-Atomülltransport rollte von Frankreich nach Philippsburg, in NRW bereiten sich Anti-Atomkraft-Initiativen auf drohende Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus vor – sofern diese nicht politisch verhindert werden können - und zahlreiche Initiativen und Verbände (natürlich auch der BBU) wehren sich gegen das CCS-Gesetz. Nähere Informationen zu diesen und weiteren wichtigen Themen findet Ihr in diesem BBU –Newsletter.

Weiterhin wichtig bleiben für den BBU neue Mitglieder (Initiativen und auch gerne fördernde Privatpersonen) sowie solidarische Spenden.

BBU-Aufnahmeanträge findet man unter

<https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

Bitte weist eure FreundInnen darauf hin.

Und hier das **BBU-Spendenkonto, bitte beachten:**

Sparkasse Köln/Bonn

**IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66**

**SWIFT-BIC: COLSDE33**

**Stichwort: BBU-Weihnachtsspende 2024**

Gerade jetzt zum Jahresende sind Spenden beim BBU gerne gesehen und für die Jahres-Planung 2025 wichtig..

Der BBU-Vorstand, die Geschäftsführung und die Newsletter-Redaktion wünschen Euch einen angenehmen Herbstausklang.

+++++ +++++ +++++

### Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter

<https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>.

Und bei konkreten Fragen oder Aktions-Vorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden:

[BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de). **Termine:** <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

## Atomenergie

### Atomüll-Alarm!

#### **Hochradioaktiver Atomüll: ein gefährliches Erbe für zukünftige Generationen!**

Der Zug (aus Frankreich (Anm. der Red.) mit dem hochradioaktivem **Atomüll in 4 CASTOREN** ist heute (20.11.24) um 17:30 Uhr in der Philippsburger Atomanlage angekommen.

Mit einer Mahnwache ab dem frühen Morgen am Bahnhof Philippsburg sowie mit spontanem Protest im Gelände nahe dem Zubringergleis protestierten Atomkraftgegner\*innen gegen diese riskante und unnötige Atomüllverschiebung.

Der Betrieb von Atomkraftwerken war schon immer Verantwortungslos! Weiter gilt: Keine Atomüllverschiebungen von A nach B solange die Langzeitlagerung nicht geklärt ist!

Quelle und weitere Informationen: <https://www.antiatom.net/index.php>

## Brennelementefabrik Lingen: Einsprüche wurden nicht entkräftet

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) teilt mit, dass die rund 11.000 Einsprüche und Bedenken gegen die Produkterweiterung bei der Brennelementefabrik in Lingen, die zu Beginn des Jahres beim Umweltministerium in Niedersachsen eingereicht wurden, in der letzten Woche bei der dreitägigen Erörterung nicht entkräftet wurden.

In Lingen sollen zukünftig in Kooperation mit dem russischen Atomkonzern Rosatom spezielle Brennelemente für osteuropäische Atomkraftwerke hergestellt werden. Besonders gegen diesen brisanten Umstand richteten sich viele Einwanderinnen und Einwander. Örtliche und überörtliche Bürgerinitiativen und Umweltverbände fordern zudem die sofortige Stilllegung der umstrittenen Atomfabrik. Sie kritisieren, dass trotz beschlossener Atomausstieg die Anlage noch immer über eine unbefristete Betriebsgenehmigung verfügt und den Betrieb zahlreicher Atomkraftwerke in mehreren Ländern absichert.



Am Freitag (22.11.24) endete gegen 18.30 Uhr der Erörterungstermin in Lingen zur beantragten Produkterweiterung der bundesweit letzten Brennelementefabrik in Lingen (Emsland / Niedersachsen). Der Erörterungstermin begann am 20. November und dauerte insgesamt drei Tage.

Bürgerinitiativen, der BBU, weitere Organisationen und betroffene Privatpersonen haben bei dem Erörterungstermin massiv die Zusammenarbeit des Anlagenbetreibers ANF / Framatom mit Rosatom kritisiert. Außerdem wurde vor den Gefahren gewarnt, die mit dem Betrieb der Brennelementefabrik verbunden sind. In der Anlage fällt Atommüll an und sie ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert. In dem Zusammenhang wies BBU-Vorstandsmitglied Buchholz bei der Erörterung auf den nahe gelegenen Flug-Bombenabwurf-Platz Nordhorn Range hin.

Erste Teile der Lingener Brennelementefabrik gingen bereits vor 45 Jahren (1979) in Betrieb und es gab in der Anlage bisher rund 150 Störfälle.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 25.11.2024. Vollständig:

<https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202024/25.11.24.pdf> Foto: Demo in Lingen, 26.10.24

## Anti-Atom-Initiativen rufen nach OVG Urteil zum Protest auf

- **Sonntagsspaziergang am 15.12. vor dem Ahauser Atommülllager**
- **Langzeit-Problematik nirgendwo berücksichtigt**
- **Zuständigkeitschaos bei Transportrisiken**
- **Transporte müssen politisch verhindert werden**

Enttäuscht zeigen sich die Anti-Atom-Initiativen über das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster, welches die Einlagerung von 152 Jülicher Castor-Behältern mit hochradioaktivem Atommüll in das Ahauser Zwischenlager für zulässig erklärt hat. Gegen die Einlagerungsgenehmigung des zuständigen Bundesamtes BASE hatten die Stadt Ahaus und ein Privatkläger geklagt.

Nach Ansicht der Atomkraftgegner\_innen wurden weder im Genehmigungsverfahren noch im Gerichtsprozess die Probleme ganzheitlich und langfristig betrachtet. Für die Einlagerungsgenehmigung spielt es offenbar keine Rolle, dass das Ahauser Lager in 12 Jahren seine Genehmigung verliert beziehungsweise eine vollständige Neugenehmigung erhalten muss. „Wenn das nicht gelingt, geht die Atommüllverschieberei, die von Jülich nach Ahaus mehrere Jahre in Anspruch nehmen soll, wieder in umgekehrter Richtung los“ befürchtet Felix Ruwe von der BI „Kein Atommüll in Ahaus“.

## Verantwortungs-Ping-Pong bei Transport-Sicherheit

Die Transporte nach Ahaus wird es nur geben, wenn eine noch offene Transportgenehmigung erteilt wird. Die Anti-Atomkraft-Initiativen trauen auch hier nicht den zuständigen Behörden. „Da wird nur Verantwortungs-Ping-Pong gespielt“ erklärt die Duisburgerin Kerstin Ciesla vom BUND NRW. „Die Sicherheit der maroden Autobahnen spielt nach der Auskunft des BASE keine Rolle, dass sei Sache des Spediteurs und des Verkehrsministeriums. Dass sich der Fahrer beim Probetransport verfahren habe und offenbar nicht mit der Polizei kommunizieren konnte, sei im Bereich der Zuständigkeit von Innenministerium und Spediteur. An-

schlagsrisiken hat man damit abgetan, dass ja niemand in Deutschland größere Mengen Sprengstoff oder Waffen heimlich besitzen könne. Und die NRW-Atomaufsicht sei angeblich bei dem ganzen Transport nur für die Überwachung des korrekten Be- und Entladens zuständig.“ Nach Ansicht der Anti-Atom-Initiativen werden diese zersplitterten Zuständigkeiten dem Umgang mit dem Atommüll angesichts der heutigen Gefahren nicht gerecht. Zuständig sind viele, verantwortlich ist nicht einmal der, der die Genehmigung erteilt!

### **Politik muss Problem mit langfristiger Perspektive lösen**

Das OVG-Urteil besagt zwar, dass der Jülicher Atommüll in Ahaus gelagert werden *darf*, aber das heißt nicht, dass er dorthin gebracht werden *muss*! Noch können die unsinnigen Transporte von 152 Castoren aus Jülich verhindert werden. Da ist jetzt aber die Politik gefragt:

- Die NRW-Landesregierung muss endlich etwas unternehmen, um ihre Koalitionsvereinbarung umzusetzen: Der zufolge soll der Jülicher Atommüll am Ort gelagert und nicht nach Ahaus verschoben werden!
- Die Bundesregierung muss endlich ihre jahrelange Blockadehaltung gegenüber einem Lager-Neubau in Jülich aufgeben: Insbesondere das BMBF darf nicht länger seine Zustimmung zu dem Grundstücks-Kaufvertrag für das Lager in Jülich verweigern!

### **Nächste Demonstration am 15. Dezember – weitere Proteste geplant**

Deshalb werden die Anti-Atom-Initiativen auch nicht aufgeben und rufen für Sonntag, den 15. Dezember, um 14 Uhr zu einer Demonstration vor dem Atommüll-Lager in Ahaus-Ammeln auf. Seit genau 30 Jahren, im Dezember 1994, gibt es dann die Sonntagsspaziergänge als Protestform. Und seit 15 Jahren sorgen unter anderem diese Sonntagsspaziergänge dafür, dass die Castoren immer noch in Jülich stehen. Denn bekannt sind die Pläne der Jülicher Atommüllverursacher seit 2009. Bei warmen Getränken, Live-Musik, Redebeiträgen und einem kleinen Demo-Zug laufen sich die Atomkraftgegner\_innen warm. Für die Anreise gibt es einen Shuttle-Bus zwischen dem Atommülllager in Ahaus Ammeln und dem Ahauser Bahnhof. Falls Anfang 2025 tatsächlich erste Castor-Transporte rollen sollten, ist mit erheblich heftigeren Demonstrationen und Protestaktionen zu rechnen.

*Gemeinsame Pressemitteilung vom 05.12.2024: SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster, BI "Kein Atommüll in Ahaus", BUND NRW, Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG)*

*Zwischenzeitlich wurde am 9.12.24 in Ahaus mit Straßenbauarbeiten begonnen, die der Vorbereitung der Castor-Transporte nach Ahaus dienen sollen – obwohl es noch keine Transportgenehmigung gibt. Die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ hat mit einer Mahnwache an der Baustelle reagiert: [https://www.facebook.com/biahaus/?locale=de\\_DE](https://www.facebook.com/biahaus/?locale=de_DE), <https://sofa-ms.de>*

## **Lemke: In Gorleben endet ein „politisch motivierter Irrweg“ – BI: Schlussstrich unter einem Lügegebäude**

Das Endlagerbergwerk geht, doch der Müll bleibt. Beim Besuch der Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) in Gorleben (am 9.12.24; Anm. der Redaktion) erinnerten Aktivist:innen vor dem Tor des Bergwerks daran, dass die Endlagerpläne nun zwar Geschichte seien, nur wenige hundert Meter entfernt aber über 100 Atommüllbehälter in einer unsicheren Zwischenlagerhalle stehen. Deren zukünftiger Verbleib ist völlig unklar.



Lemke und weitere Amtsträger:innen, darunter der niedersächsische Umweltminister Meyer, waren nach Gorleben gekommen, um sich einen Überblick über den Beginn der Arbeiten zur Verfüllung des Salzstocks, dessen angebliche Erkundung noch bis kurz vor deren Stilllegung als Entsorgungsnachweis für den Betrieb deutscher Atomkraftwerke

gedient hatte, zu verschaffen. „Die Schließung setzt den Schlusspunkt in einem gesellschaftlichen Großkonflikt, der dieses Land jahrzehntelang beschäftigt und gespalten hat“, unterstrich die Bundesumweltministerin vor ihrem Besuch in Gorleben. Nun „endet endlich ein politisch motivierter Irrweg“.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg begrüßt diesen Schlussstrich unter einen der größten Konflikte mit der Zivilgesellschaft, der als wissenschaftliches Ergebnis des Neustarts in der Endlagersuche unausweichlich und bereits für dieses Jahr erwartet wurde:

„Unqualifizierten Begehrlichkeiten all derjenigen, die in ihrem eigenen Bundesland keine Verantwortung für ihren Atommüll übernehmen wollen, ist nun ein Riegel vorgeschoben“, sagte Martin Donat, Vorsitzender der Bürgerinitiative. Aber auch zukünftigen nuklearen Phantastereien müsse man eine klare Absage erteilen. Atomkraft könne keinen Beitrag gegen die Klimakatastrophe leisten und sei niemals eine günstige Energie gewesen. Vielmehr habe die aus ideologischen Gründen mit Steuermitteln finanzierte Atomenergie seit Jahrzehnten den Ausbau zukunftsfähiger Energien ausgebremst.

Quelle (auch die Fotoquelle) und vollständiger Text:

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2024/12/09/lemke-in-gorleben-endet-ein-politisch-motivierter-irrweg/#more-38863>

Foto: Steffi Lemke am 9.12.24 in Gorleben

## CCS / CO<sub>2</sub>-Speicherung

### Pressemitteilung zum Offenen Brief

### „Gemeinsam gegen den fossilen Irrweg. CCS-Gesetz stoppen. Echte Klimaschutzlösungen jetzt.“

Mehr als 70 Organisationen und Bürgerinitiativen warnen davor, in der Klimapolitik auf CCS zu setzen (Carbon Capture and Storage). In einem offenen Brief (siehe Anlage) fordern sie die Mitglieder von Bundestag und Bundesrat auf, die Novelle des Kohlendioxid-Speichergesetzes nicht zu beschließen. Andernfalls könnten große CCS-Anlagen und flächendeckende CO<sub>2</sub>-Pipelinesetze errichtet werden. Jeder Emittent hätte ein Recht auf Anschluss – unabhängig davon, ob CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht auch von vornherein vermieden werden könnten. Mit Milliarden an Steuergeldern für CCS würde der Ausstieg aus fossilen Energien verschleppt oder sogar verhindert.

„Der CCS-Irrweg ist gefährlich für die Menschen und die Umwelt. Er verschlimmert die Klimakrise, belastet die Meere und gefährdet die Energiewende. Profitieren wird vor allem die fossile Industrie. Die Kosten in Milliardenhöhe muss die Gesellschaft tragen.“ erklärt Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Weiter erklärt er: „Mit dem Novellierungsentwurf sollen u.a. die rechtlichen Voraussetzungen für den großmaßstäblichen Transport von CO<sub>2</sub> aus Kraftwerken, Industrie und Müllverbrennung geschaffen werden. CO<sub>2</sub>-Deponien in der Nordsee wären erlaubt. Wenn die Landesregierungen es wollen, auch unter Land. Dafür soll insbesondere ein rund 5000 Kilometer langes grenzüberschreitendes CO<sub>2</sub>-Pipelinesetz in Deutschland neu errichtet werden. CO<sub>2</sub> ist ein erstickend wirkendes Gas, welches schwerer als Luft ist. Es kann bei Leckagen und Leitungsbrüchen im Pipelinesetz zu schweren Gesundheitsschäden bzw. lebensgefährlichen Wirkungen bei Menschen und Tieren führen. Dies gilt gerade in Ballungsgebieten und bei der Ansammlung von CO<sub>2</sub> in Bodensenken.“



Die unterzeichnenden Organisationen stammen nicht nur aus dem Bundesgebiet, sondern auch aus Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Polen, Tschechien, Schweden, den USA, Ghana, DR Kongo, UK und Kanada. Sie fordern:

- Keine Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
- Schnellstmöglicher Ausstieg aus Erdgas, Kohle und Erdöl gerade auch in der Industrie
- Kein Aufweichen der Meeresschutzvereinbarungen London Protokoll und Hohe-See-Einbringungsgesetz für CCS
- Alle Kraft in Energieeinsparung und Energiesuffizienz, den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien bis zu 100%, eine ressourcenschonende Produktion, Kreislaufwirtschaft und Priorität für natürlichen Klimaschutz.

BBU-Pressemitteilung vom 13.11.2024. Text des Offenen Briefes mit den Namen der UnterstützerInnen unter <https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202024/13.11.24.pdf>

## Klimaschutz

### **Klimastreik zur Bundestagswahl**

Kurz vor der Bundestagswahl, am **14. Februar**, ruft Fridays for Future zum deutschlandweiten Klimastreik auf. Aufruf und weitere Informationen: <https://www.klima-streik.org>



### Landwirtschaftspolitik

#### **Wir haben Agrarindustrie satt**

Am **18.01.2025** ist es wieder so weit: zum 15. Mal gehen wir in Berlin für die sozial- und umweltgerechte Agrarwende auf die Straße! Stadt und Land, bio und konventionell, Tierhalter\*in und Veganer\*in, jung und alt – wir lassen uns nicht spalten! Solidarisiert euch, kommt zur Demo! Quelle und ausführliche Hintergründe: <https://www.wir-haben-es-satt.de>

## Medien im Umweltbereich

### **Vom Greenpeace Magazin zum Umweltmagazin „atmo“**

Ende August 2024 wurde die Redaktion des Greenpeace Magazins geschlossen, das letzte Heft erschien Mitte September. Als Nachfolgeprojekt soll das unabhängige Umweltmagazin „atmo“ erscheinen. Mehr zu den Hintergründen unter

<https://www.greenpeace-magazin.de/lesecke/das-allerletzte>

<https://atmo-magazin.de>

### **anti atom aktuell**

Im Sprachgebrauch der Anti-Atomkraft-Bewegung ist es kurz die aaa; offizieller Name ist "anti atom aktuell - Zeitung für die weltweite Stilllegung aller Atomanlagen". Als Quartalschrift erscheint sie 4 mal pro Jahr. Mit einer thematisch breit aufgestellten Schwerpunktsetzung bemüht sie sich darum, den Blick über den Teller- rand zu öffnen. Ausführliche Infos und Bestellmöglichkeit unter <https://www.anti-atom-aktuell.de>

### **umweltFAIRaendern.de**

Ein persönlicher bzw. privater Blog über (Atom)Energie/Wende und einige andere sozial-ökologische Themen. Mehr dazu: <https://umweltfairaendern.de>

## Tonerschäden

### **Saubere Luft in Innenräumen ist existenziell für unsere Gesundheit: Wir wollen saubere Atemluft, auf die wir uns verlassen können**

Die gemeinnützige nano-Control, Internationale Stiftung fordert verpflichtende Regeln für die Atemluft im Innenraum sowie für die Aufstellung und den Betrieb ubiquitärer Toner-basierter Drucksysteme „Laserdrucker und Kopierer“ zur nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen.

Die Luftqualitätsrichtlinie der WHO aus dem Jahr 2008 war über Jahre hinaus der Eckpfeiler der EU-Luftreinhaltepolitik, hatte ihren Fokus aber ausschließlich auf der Außenluft. Der Sonderbericht „*Luftverschmutzung des Europäischen Rechnungshofes 2018*“ offenbarte, dass „unsere Gesundheit nach wie vor nicht hinreichend geschützt ist. [...] Die Luftverschmutzung verursacht jedes Jahr in der EU etwa 400.000 vorzeitige Todesfälle und mehrere Hundert Milliarden Euro an gesundheitsbezogenen externen Kosten“.

Unsere Welt hat sich im Laufe der Corona-Pandemie verändert und die Bedeutung der Luftqualität im Innenraum für die menschliche Gesundheit, das Wohlbefinden, die Produktivität und das Lernen erkannt. In der Wissenschaft hat sich ein Konsens zu Gefahren durch Luftverschmutzung und die Notwendigkeit der Minimierung luftgetragener, ultrafeiner Partikel – besonders im Innenraum – gebildet. Was vor der Pandemie

nur für draußen galt, wurde durch ein kleines luftgetragenes Virus allgegenwärtig und messbar und auch die Folgen wurden deutlich sichtbar.

Plötzlich war ein großes Interesse an der Innenraumluft vorhanden, denn saubere, gesunde Atemluft im Innenraum war plötzlich auch für Unternehmen wirtschaftlich immens wichtig. Für die einen, weil ihr Geschäftsmodell die Luftreinhaltung ist, für die anderen, weil sie auf gesunde, leistungsfähige Mitarbeiter angewiesen sind.

So tragisch für viele Menschen diese Konstellation auch endete oder bis zum heutigen Tag Auswirkungen hat, auch weil wir bis dahin keinerlei Fokus auf die Qualität der Innenraumluft hatten, desto mehr sollten wir doch jetzt dafür sensibilisiert sein. Gesunde, schadstofffreie Atemluft im Innenraum muss zu jeder Zeit selbstverständlich sein. An jedem Arbeitsplatz und in jeder Wohnung, denn der moderne Mensch hält sich zu 90 % seiner Lebenszeit in Innenräumen auf.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.nano-control.org/saubere-luft-in-innenraeumen-ist-existenzuell-fuer-unsere-gesundheit-wir-wollen-saubere-atemluft-auf-die-wir-uns-verlassen-koennen>

## Verkehrspolitik

### **Keine halben Sachen – die ganze Bahn muss gemeinnützig werden Bündnis Bahn für Alle übergibt Reisegepäck für Minister Volker Wissing**

Das Bündnis Bahn für Alle hat heute am Bundesverkehrsministerium einen Koffer mit 6789 Unterschriften als Reisegepäck für Minister Volker Wissing übergeben. Im zugehörigen Aufruf fordert das Bündnis, die ganze Bahn gemeinnützig zu machen. Dazu Carl Waßmuth, Sprecher des Bündnisses:



„Die Unterschriften kann der Minister gleich im praktischen Rollkoffer nach Duisburg mitnehmen. Dort wollen die Verkehrsminister der Länder laut Presse auf ihrer heute beginnenden zweitägigen Sitzung die Trennung von Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn AG vorschlagen. So eine Zerschlagung wäre katastrophal! Wir benötigen sicheren Fahrbetrieb, Pünktlichkeit, angenehmes Reisen und Klimaschutz durch flächendeckende öffentliche Verkehrsangebote im Verbund von Bus und Bahn. Das geht nur, wenn Züge und Schienen zusammenbleiben.“

Aus einer Pressemitteilung von **Bahn für Alle vom 9.10.24. Vollständiger Text:**  
<https://bahn-fuer-alle.de/keine-halben-sachen-die-ganze-bahn-muss-gemeinnuetzig-werden>

### **MobiLogisch! 4/24 erschienen**

In unserer Spätherbst-Ausgabe 4/24 liegt der Schwerpunkt auf dem Thema Energie unter dem Motto „Wie weit kommen wir mit unserer Energie?“ Wir diskutieren dort, ob Elektroautos ein Weg aus der Klimakrise sind oder nur Strom fressen. Können denn Rad- und Fußverkehr die Klimaziele retten? Aber: Ist Gehen und Radeln in der Hitze zumutbar? - Unsere Diskussion, ob Wasserstoff als Energieträger etwas im landgebundenen Verkehr zu suchen hat, geht weiter. - Schließlich lautet in einem Positionsbeitrag das Fazit „E-Fuels tragen nicht zum Klimaschutz im Straßenverkehr bei – im Gegenteil“.

In der Rubrik „Gehen“ interviewen wir Markus Lewe, den Präsidenten des Deutschen Städtetags, warum er Schirmherr des 2. Deutschen Fußverkehrspreises geworden ist. - In zwei kurzen Beiträgen betrachten wir das Falschparker-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus juristischem Blickwinkel und mit der Frage: Was kann man jetzt tun? - Ein Student hat anhand von Köln untersucht, welche Konsequenzen es hätte, wenn beim erlaubten Gehwegparken die Vorschriften eingehalten werden würden. - Die „Promille-Mobilität“ per E-Scooter fehlt auch dieses Mal nicht.

In der Recht&Planung-Rubrik behandeln wir den Vortritt des Fußverkehrs gegenüber Abbiegern allgemeinverständlich die „qualifizierten Ordnungswidrigkeiten“ des Bußgeldkatalogs und sind „mit Verkehrsplanung auf großem Fuß“. Außerdem untersuchen wir, ob Klimaanpassungskonzepte und Hitzepläne den Verkehr nachhaltig verbessern können.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.umkehr.de>

**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2024**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 17.12.2024. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [uaanee@web.de](mailto:uaanee@web.de) In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de) abbestellen.